

Beschluss

Bundesausschuss 1/2021 (digital)

Gremium: Bundesausschuss

Solidarität mit Mädchen und Frauen in Afghanistan!

Als Sozialistische Jugend sprechen wir unsere Solidarität mit den Mädchen und Frauen in Afghanistan und allen Menschen, die in Afghanistan von den Taliban und patriarchalen Strukturen unterdrückt und verfolgt werden, aus.

Mehr als ein Jahr ist seit der Machtergreifung der Taliban in Afghanistan nun vergangen. Das Talibanregime ist eine humanitäre und menschenrechtliche Katastrophe: Den Vereinten Nationen zufolge hatten im April 2022 ungefähr 95 Prozent der Bevölkerung nicht genug Lebensmittel zur Verfügung, unter anderem da aufgrund der westlichen Sanktionen kaum mehr Geld und Hilfsgüter ins Land kommen. Die Taliban haben die Meinungs- und die Pressefreiheit massiv eingeschränkt. Mädchen dürfen nur noch eingeschränkt zur Schule gehen, Frauen dürfen viele Berufe nicht mehr ausüben, müssen Burka tragen, sollen das Haus nur verlassen wenn es 'notwendig' ist und dürfen längere Wege nur noch mit männlicher Begleitung zurücklegen. Queeren Menschen droht der Tod, wenn sie als queer erkannt werden. Die schiitische Volksgruppe der Hazara wird von den Taliban unterdrückt und verfolgt.

Afghanistan als Spielfeld imperialistischer Großmächte

Das heutige Talibanregime ist das Produkt verschiedener militärischer Interventionen, die das Land destabilisiert haben. Im 19. Jahrhundert konkurrierten Großbritannien und Russland um Einfluss in Asien. Großbritannien wollte sich die Vormachtstellung sichern und versuchte, Afghanistan zu kolonisieren. 1919 erlangte Afghanistan die vollständige Unabhängigkeit von Großbritannien. In der sogenannten Saur-Revolution 1978 übernahm die Khalq-Partei (dt.: Volkspartei) die Macht und versuchte, Afghanistan durch Bodenreformen, Alphabetisierungs- und Bildungsprogramme zu einem sozialistischen

Staat zu entwickeln. Dies stieß auf starken und bewaffneten Widerstand der Landbevölkerung, der Großgrundbesitzer und des muslimischen Klerus, die von China, Pakistan und den USA unterstützt wurden. 1979 marschierten sowjetische Truppen in Afghanistan ein, um das sozialistische Regime zu sichern. Sogenannte Mudschahedin-Gruppen, unterstützt vom US-amerikanischen Geheimdienst CIA, kämpften gegen die sowjetischen Gruppen. Der Krieg zog sich über zehn Jahre und entwickelte sich zum Stellvertreterkrieg zwischen der Sowjetunion und den USA. Die sowjetischen Truppen unterlagen und zogen sich 1989 aus Afghanistan zurück. 1992 übernahmen die Mudschahedin die Herrschaft in Kabul, verschiedene Fraktionsführer versuchten die Macht an sich zu reißen. 1994 gründeten sich die Taliban, 1996 nahmen sie Kabul ein und riefen das Islamische Emirat Afghanistan aus. Am 7. Oktober 2001, vier Wochen nach den Terroranschlägen von al-Qaida auf das World Trade Center in New York, begannen die USA mit der Bombardierung Afghanistans ihren globalen „Krieg gegen den Terror“. Zum ersten Mal wurde gemäß Art. 5 des NATO-Vertrages der Bündnisfall erklärt, auch die Bundeswehr beteiligte sich mit einem Auslandseinsatz.

NATO-Einsatz in Afghanistan: Imperialismus unter dem Deckmantel von Frauenrechten

Die USA rechtfertigten den Krieg mit freiheitlichen Werten, Demokratie und dem „Kampf für die Rechte und die Würde der Frauen“. Doch der US-amerikanischen Regierung ging es mit dem Angriff 2001 nicht darum, Frauenrechte zu sichern, sondern die eigene geopolitische Dominanz zu stärken. Als deutlich wurde, dass diese Strategie gescheitert war, unterzeichneten die USA 2020 über die Köpfe der afghanischen Regierung hinweg in Katar ein Abkommen mit den Taliban, das einen schrittweisen Abzug der NATO-Streitkräfte vorsah. Im Mai 2021 begann der offizielle Abzug internationaler Truppen aus Afghanistan, der den Taliban den Weg zur Machtergreifung in Afghanistan ermöglichte und infolge von Angriffen und Anschlägen auf die afghanische Armee Tausenden Afghan*innen das Leben kostete.

Am 15. August 2021 nahmen die Taliban schließlich Kabul ein. Mehrere zehntausende Menschen wurden von den beteiligten NATO-Staaten evakuiert.^[11] Doch zahllose Ortskräfte, Journalist*innen, Menschenrechtler*innen und Aktivist*innen sitzen noch in Afghanistan fest und müssen um ihr Leben bangen: Laut Vereinten Nationen wurden bis Januar 2022 mindestens 100 Menschen getötet, die Ortskräfte waren oder vor der Machtergreifung für die afghanische Armee gearbeitet haben.

Die zwanzig Jahre Krieg der USA und der NATO haben verheerende Schäden in Afghanistan angerichtet. Circa 900.000 Menschen sind Schätzungen zufolge ums Leben gekommen, davon circa 364.000 bis 387.000 Zivilist*innen^[12]. Der in den zwanzig Jahren Krieg durch das Ausland aufgebaute Staatsapparat war geprägt von Korruption und Vetternwirtschaft. Westliche Streitkräfte haben zahlreiche

Kriegsverbrechen begangen – Verdächtige wurden in Folterzellen verschleppt, teilweise wurden Zivilist*innen gezielt ermordet und Luftschläge fordern Tausende Opfer. Millionen Menschen mussten seit Beginn des Krieges 2001 fliehen.

Talibanregime: Frauen- und Mädchen in Gefahr

Gleichzeitig haben sich Frauen in den zwanzig Jahren, in denen die Taliban nicht das ganze Land unter Kontrolle hatten, einige Freiheiten erkämpft. Mädchen konnten zur Schule gehen, studieren, vielfältige Jobs übernehmen und wählen. Außerdem wurden Gesetze verabschiedet, um Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, Frauenhäuser wurden aufgebaut und ein Frauenministerium eröffnet, das sich für die Belange von Frauen stark gemacht hat. Doch seit der erneuten Machtübernahme der Taliban dürfen Frauen viele Jobs nicht mehr ausüben, der Zugang zu Bildung und Schutz ist wieder katastrophal und die Frauen, die auf die Straße gehen, um eben diese so hart erkämpften Freiheiten nicht zu verlieren, werden festgenommen, verschleppt oder ermordet.

Es ist wenig überraschend, dass dieser erneute Ausschluss von Frauen und Mädchen aus der Gesellschaft auch durch fehlende Bildungsmöglichkeiten vollzogen wird. Gleichzeitig stehen die Taliban unter Druck, ihre frauenverachtende Ideologie gegen progressive Staaten zu verteidigen, um als offizielle Regierung anerkannt zu werden. Deshalb ließen sie offiziell verlauten, dass sie durchaus daran interessiert sind, Mädchen und Frauen den Zugang zu Schule und Universität zu ermöglichen, eben nur getrennt von Jungen und Männern.

Doch entsprechende monoedukative^[31] Bildungsmöglichkeiten werden Mädchen und Frauen weiterhin nicht ermöglicht, sondern dienen lediglich als Versprechen, um die Proteste so gering wie möglich zu halten und von anderen Staaten als demokratisch anerkannt zu werden. Selbst wenn die Taliban Mädchen schulische Bildung ermöglichen würden: Diese Bildung wäre selbstverständlich keine progressive. Die Taliban wollen Mädchen dazu zwingen, die Inhalte des Korans so zu erlernen, wie sie ihn interpretieren. Sie streben eine gesellschaftliche Machtverteilung an, in der sich Mädchen und Frauen Männern völlig unterordnen.

Frauen im Widerstand

Doch die Frauen in Afghanistan kämpfen gegen das Regime der Taliban und für ihre Rechte, sowohl öffentlich als auch im Untergrund.

Organisationen wie RAWA (Revolutionary Association of the Women of Afghanistan) kämpfen gegen das Talibanregime genauso wie gegen die jahrzehntelange Besatzung durch imperialistische Staaten des Westens und die Finanzierung der Taliban

durch Pakistan. Sie unterrichten Mädchen im Untergrund, führen Alphabetisierungskurse für Analphabetinnen und junge Mädchen durch und sprechen über Frauenrechte und politische Bildung. Sie kritisieren die westlichen Truppen für ihren katastrophalen Einsatz, der Afghanistan nicht demokratisiert, sondern für künftige Generationen weiter destabilisiert hat. Sie streiten dafür, dass die Taliban international nicht als Regierung anerkannt werden und keine diplomatischen Beziehungen zu ihnen geführt werden:

„Wir erwarten und bitten die Weltbürger, das gepeinigete Volk Afghanistans nicht zu vergessen und unserer Not im Ausland eine Stimme zu geben. Wir bitten diese Weltbürger, alle Antikriegskräfte, alle gerechtigkeitsliebenden Kräfte, alle fortschrittlichen Bewegungen, Druck auf ihre Regierungen auszuüben, damit sie sich nicht mehr in Afghanistan einmischen. Sie sollen die Dschihadisten, Taliban und andere reaktionäre Kräfte nicht mehr unterstützen und vor allem die Taliban nicht als afghanische Regierung anerkennen.“ (Revolutionary Association of the Women of Afghanistan, 2021)

Für uns als Bildungs- und Erziehungsverband ist es zentral, dass alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen die Chance auf eine vernünftige Bildung haben, gerade weil Bildung der Zugang zu einem selbstbestimmten Leben ist.

Wir als Sozialistische Jugend solidarisieren uns mit den Mädchen und Frauen in Afghanistan, allen Menschen in Afghanistan, deren Leben und Freiheit bedroht sind, sowie allen emanzipatorischen Kräften in Afghanistan und der Diaspora¹⁴¹ hier in Deutschland und Europa. Wir verurteilen das menschenverachtende Regime der Taliban.

Wir fordern die NATO und die deutsche Bundesregierung auf, Verantwortung für die Folgen des über zwanzig Jahre geführten Kriegs zu übernehmen, der Afghanistan destabilisiert und die Taliban gestärkt hat. Für uns steht fest: NATO-Einsätze müssen ein Ende haben – NATO-Einsätze destabilisieren ganze Regionen und verhindern die sichere Flucht von Menschen. Sie tragen nicht dazu bei, dass humanitäre Krisen oder politische Instabilität bekämpft werden.

Unsere Forderungen

Wir fordern die Bundesregierung auf,

- die Regierung der Taliban unter keinen Umständen anzuerkennen und nicht mit ihr zu verhandeln,
- Druck auf die Taliban auszuüben, die Grundrechte von Frauen und Mädchen

auf Zugang zu Bildung, Arbeit, Mobilität, freie Kleidungswahl und friedlichen Protest zu verwirklichen und sie vor häuslicher Gewalt, willkürlichen Verhaftungen, Inhaftierungen und Zwangsverheiratungen zu schützen

- Maßnahmen zu ergreifen, um die humanitäre Krise in Afghanistan zu beenden
- ein unbegrenztes humanitäres Aufnahmeprogramm umzusetzen und alle gefährdeten Personen zu evakuieren,
- sichere Fluchtrouten aus Afghanistan einzurichten,
- das sofortige und dauerhafte Bleiberecht für alle mit einer Duldung in Deutschland lebenden Afghan*innen einzusetzen und
- unbürokratischen und schnellen Familiennachzug zu gewährleisten.

Fußnoten

^[11] Die Bundesrepublik hat 23.614 ehemaligen afghanischen Ortskräften und Familienangehörigen die Aufnahme zugesichert. Tatsächlich eingereist sind Stand August 2022 17.556 Personen.

^[12]

<https://watson.brown.edu/costsofwar/files/cow/imce/papers/2019/Direct%20War%20Deaths%20COW%20Estimate%20November%2013%202019%20FINAL.pdf>

^[13] Monoedukation bezeichnet die geschlechtergetrennte und geschlechtsspezifische Erziehung von Mädchen und Jungen. Die gemeinsame (also koedukative) Erziehung von Kindern jeden Geschlechts ist ein zentraler Punkt unserer Falken-Pädagogik. Wir sind davon überzeugt, dass nur so die Überwindung von geschlechtsspezifischer Diskriminierung wie z. B. Sexismus geleistet werden kann.

^[14] Diaspora bezeichnet religiöse, ethnische oder kulturelle Minderheiten, die aus ihrer Herkunftsregion in fremde Regionen geflüchtet sind oder umgesiedelt wurden. Sie haben als Gemeinschaft einen starken Bezug auf diese kulturelle bzw. religiöse Gemeinsamkeit.